

Erklärung der BA-Fraktion zur Übernahme des Radentscheids durch den Stadtrat 31.1.2018

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Fraktion der Bamberger Allianz sieht den Beschlussvorschlag der Verwaltung ambivalent. Inhaltlich können wir den meisten Punkten zustimmen; formal besticht der Text samt Sitzungsvortrag durch bemerkenswerte Vorbehalts-Formulierungen. Inhaltlich hat sich die Stellungnahme der Verwaltung so entwickelt, wie wir das erwartet haben.

Wir haben uns deshalb recht schwer getan, uns letztlich gegen einen wesentlichen Punkt des Beschlussvorschlags auszusprechen.

Die BA-Fraktion wird gegen den Punkt 2 des Beschlussantrages votieren; den übrigen sechs Anträgen stimmen wir zu. Wozu es nicht kam, weil der OB sich gegen eine Einzelabstimmung aussprach.

Entscheidend für unser Abstimmungsverhalten bei Punkt 2 ist der erste Satz. Da heißt es: Der Stadtrat beschließt (...) die Ziele des Radentscheids verkehrspolitisch vorrangig zu verfolgen. Dieser Aussage können wir nicht zustimmen, trotz der sehr allgemeinen Zielbeschreibungen und auch trotz aller Relativierungen durch Haushaltsvorbehalte im weiteren Text.

Unsere Fraktion bekennt sich dazu, dass das Fahrrad im hohen Maße für Lebensqualität und moderne Mobilitätskonzepte steht und es ein Teil der Antwort auf die Frage ist, wie wir mit dem kostbaren Raum unserer Stadt umgehen oder die Luft sauber halten.

Wir stehen also durchaus positiv zum Radverkehr. Wir wollen uns aber an einer Verkehrspolitik orientieren, die sich dem Rad- und Fußverkehr, dem Öffentlichen Personennahverkehr und dem Autoverkehr bedarfsgerecht verpflichtet fühlt. Die zentrale Aussage, der Radverkehr ist verkehrspolitisch vorrangig, lässt sich hiermit nicht vereinbaren.

Wir stimmen den anderen sechs Beschlusspunkten zu, obwohl uns das eine oder andere Vorhaben auch nicht gefällt. Hier greift aber der oft geäußerte Haushaltsvorbehalt voll, heißt: im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Dabei ist uns natürlich klar, dass die Verfügbarkeit der Mittel auch von politischen Entscheidungsprozessen abhängt. Diesem Ringen haben wir uns bisher schon oft gestellt und werden das auch weiter tun.

Auf Details der Anträge für konkrete Maßnahmen will ich heute nicht eingehen. Ich weise aber darauf hin, dass wir aus den heftigen Reaktionen großer Teile der Bürgerschaft bei der geänderten Radverkehrsführung in der Langen Straße gelernt haben sollten.

Unsere klare Ansage ist: Die Herstellung neuer Radverkehrsanlagen darf nicht zu Lasten des ÖPNV oder des Fußverkehrs erfolgen. Auf allgemeine Absichtsbekundungen wie in den Zielen des Radentscheids dargestellt, vertrauen wir da wenig.

Wir sehen auch ein, dass eine behutsame Zurückdrängung des Autoverkehrs in Einzelfällen durchaus notwendig sein kann.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Stadtbereichen mit relativ älterer Bevölkerung oder besonderen topographischen Anforderungen – wie im Berggebiet – der städt. Busverkehr den Notwendigkeiten entsprechend angeboten wird.

Grundsätzlich steht die Verkehrspolitik noch im Zusammenhang mit anderen Notwendigkeiten, die ich hier aber nicht als Kontrapunkt aufbauen will. Das alles vor dem Hintergrund noch anderer Prioritäten in unserer Stadtpolitik, die spätestens der oft geäußerte Haushaltsvorbehalt deutlich machen wird: dazu zählen die KiTa-Offensive, die Sanierung von Schulgebäuden und noch manch anderes.

Wir machen hier niemanden einen Vorwurf. Wir bitten Sie aber, unsere Haltung zu akzeptieren – sie ist differenziert und zudem nicht erst seit gestern eingenommen.

D. Weinsheimer